

Requiescent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg. Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Corr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. November 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt. Nr. 127.

Die Segmaschine in wissenschaftlicher Beleuchtung.

Die Erörterung des Problems der Segmaschine und damit zusammenhängender Fragen scheint in neuerer Zeit auf wissenschaftliche Kreise eine starke Anziehungskraft auszuüben. Die Beobachtung des gewaltigen Eroberungsprozesses der Maschine auf solchen Gebieten, die scheinbar ausschließlich der menschlichen Handfertigkeit vorbehalten waren, wirkt ja an und für sich schon anziehend. Was die Sache aber im Buchdruckgewerbe ganz besonders interessant gestaltet, mag die Beleuchtung der Umstände sein, unter denen sich die Umwälzung der Technik bis zu einem bestimmten Grad ohne wirtschaftliche Erschütterungen vollzog. Soweit die Segmaschine hierbei in Betracht kommt, war das bisher erfreulicherweise der Fall. Nicht minder auffällig in diesem Entwicklungsprozesse des Buchdruckgewerbes muß die Tatsache wirken, daß es durch friedliche Verhandlungen zwischen den beiden wirtschaftlichen Machtfaktoren unseres Gewerbes ermöglicht wurde, auch den Arbeiter an den Vorteilen der Erfindung der Segmaschine teilnehmen zu lassen.

Das erste Heft der „Freiburger Volkswirtschaftlichen Abhandlungen“, herausgegeben von Karl Diehl und Gerhard von Schulze-Gävernitz, bringt eine sehr beachtenswerte Monographie über: „Die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung der Einführung der Segmaschine im Buchdruckgewerbe.“* Diplomingenieur Dr. Beyer ist der Verfasser. Es handelt sich um einen interessanten Beitrag zu der Frage der Ersetzung der menschlichen Hand durch die Maschinenarbeit. Das verarbeitete Material ist zum größten Teile den Berichten und Mitteilungen der Fachpresse entnommen, und wurde durch genau kontrollierte Erhebungen ergänzt. Eine ausführlichere Besprechung dieses in Nr. 85 des „Corr.“ bereits erwähnten Buchs mußte anderer dringender Aufgaben wegen bis jetzt hinausgeschoben werden.

Die Schilderung der geschichtlichen Entwicklung des Buchdruckgewerbes, das seine Wurzeln in der Zunftverfassung hatte, ist ziemlich breit ausgefallen. Sie reicht weit ins 15. Jahrhundert hinein. Die durch die veränderte Technik bedingten Umwälzungen in den Arbeitsverhältnissen haben darin besondere Berücksichtigung erfahren. In kurzer Zusammenfassung werden wir dem Gedankengang des Verfassers folgen.

Als Johannes Gutenberg dazu überging, einzelne bewegliche Typen zu gießen und sie zu Druckformen zu vereinigen, war er, wie jeder andre Erfinder, ein Pionier im Dienste des Fortschritts, zugleich aber auch ein Verkörperer alter, liebgehabener Betätigungsformen. Die Lohnschreiber, die sich in ausgedehnter und geschäftsmäßiger Weise mit dem Abschreiben von Büchern für Bibliotheken usw. beschäftigten, sahen ihre Einnahmequellen versiegen. Es ist darum nicht verwunderlich, daß viele von ihnen, um sich mit den veränderten Verhältnissen am besten abzufinden, einfach den Segeberuf ergriffen. Mit einiger Geschicklichkeit verdienten sie darin ebensoviel, wenn nicht mehr. In der Übergangszeit schuf außerdem die neue Kunst den alten Lohn- und Schönschreibern noch gesteigerten Verdienst. Müßten doch alle jene Handschriften, die wieder leihweise noch käuflich zu erhalten waren, abgeschrieben werden, um den Segebern als Manuskripte dienen zu können. So verlor schon damals die herbömmliche Technik nur allmählich ihre ursprüngliche Bedeutung, indem sie zunächst in den Dienst des neuen technischen Verfahrens trat. Die meisten von denen, die bei dem einschneidenden, durch die Technik bewirkten Umwälzungsprozess ihre Arbeitsgelegenheit verloren hatten, fanden infolge des außerordentlich gesteigerten Konsums sofort wieder Beschäftigung durch dieselbe Technik.

Ungeachtet der mangelhaften Verfertigungsmittel im 15. Jahrhundert brach sich die neue Erfindung erstaunlich schnell Bahn, trotzdem es zumeist die großen Kosten waren, die Neueinrichtungen von Druckereien hindernd im Wege standen. Bis zum Jahre 1500 lassen sich bereits 215 Druckorte mit über 800 Druckereien nachweisen. In Rom z. B. zählte man um diese Zeit nicht weniger als 199 Pressen und allein 23 deutsche Drucker, während in Nürnberg

der Großbetrieb des Druckers Anton Koberger mit 24 Pressen und 100 Gesellen (Seger und Drucker) arbeitete. Die Zahl aller bis 1500 gedruckten Bücher gibt Didot auf 13000 an mit einer Durchschnittsaufgabe von je 300, d. h. insgesamt vier Millionen Exemplare. Eine andre Schätzung weist noch höhere Ziffern auf.

Während anfänglich weder von der geistlichen noch von der weltlichen Obrigkeit der Ausübung der Buchdruckerkunst Hindernisse bereitet wurden, änderte der zunehmende Einfluß von Kirche und Staat diesen Zustand bald. Darauf ist es wohl hauptsächlich zurückzuführen, daß die Technik des Gewerbes bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts nahezu unverändert blieb.

So bemerkenswert und rationell der erzielte Fortschritt des Gutenberg'schen Druckerfahrens gegenüber dem alten Schreibwerk auch war, im wesentlichen blieb diese alte Drucktechnik doch Handarbeit. Die Fortschritte auf anderen Gebieten drängten indessen dazu, die Produktionsfähigkeit der Buchdruckereien zu steigern. Die alte Handpresse war ein unvollkommenes technisches Hilfsmittel geworden.

Der Baseler Schriftgießer Wilhelm Haas konstruierte im Jahre 1772 eine leistungsfähige Buchdruckpresse, die er aber infolge engherzigen Zunftzwanges nicht verwenden durfte, da er „die Kunst nicht nach ihren Gebräuchen und Gebräuchen“ erlernt hatte. Erst die französische Revolution brachte die Gewerbefreiheit. Mit deren Einführung folgten die andren Länder bald nach; Preußen z. B. 1810—11.

Mit ungeahnter Intensität setzte danach der technische Aufschwung im Buchdruckgewerbe ein. Die Erfindung einer Buchdruckpresse des Lord Stanhope gab den ersten Anstoß zur Verdrängung der Handarbeit der Drucker. Diese „Methode mittels Maschinen zu drucken“, war auf den Ideen von Haas aufgebaut. Die „Stanhope“ aber überholte die sehr bedeutsame Erfindung der Schnellpresse durch den Deutschen Friedrich König. Sie trat zuerst in London unter schwierigsten Verhältnissen ins Leben.

Mit der Verwendung der Schnellpresse in dem Jahre 1814 beginnt denn auch das zweite Stadium der Entwicklung des Buchdruckgewerbes. Die Gegenwart beruht von der Umwälzung betroffenen Handpressendruck, wie sie im nächsten Jahrzehnt zutage trat, wird vom Verfasser in recht drastischen Beispielen geschildert, auf die hier eingegangen zu weit führen würde. Die Pariser Juli-revolution im Jahre 1830 ließ die Feindschaft gegen die Maschinen von neuem losbrechen. Fast sämtliche Schnellpressen in Paris, 30 an der Zahl, fielen ihr zum Opfer. Die Maschinen wurden „gewissenhaft“ mit Hämmern, Eisenstangen und Flintenkolben zertümmert. Später erboten sich die arbeitslosen Drucker sogar, den angeordneten Schaden entweder durch Gratisarbeit während einer bestimmten Zeit oder aber durch billigere Arbeit wieder gut zu machen. Nach Deutschland griff die Bewegung ebenfalls über, wenn es auch anscheinend nicht zu Fortführungen kam. Viele Buchdruckereibesitzer zogen es aber doch vor, ihre Maschinen während der kritischen Zeit außer Betrieb zu setzen.

Der technische Fortschritt ließ sich natürlich nicht aufhalten. Die alten Handpressen verschwanden mehr und mehr; viele Arbeitskräfte wurden überflüssig. Besonders die kapitalträchtigen Unternehmer hatten bei dieser Umwälzung großen Gewinn, während sich die Lage der Arbeiter fortgesetzt verschlechterte. Friedrich Bahn schildert in seiner Broschüre: „Die Organisation der Prinzipale und Gehilfen im deutschen Buchdruckgewerbe“, wie als Folge der Maschineneinführung regelmäßige Nacht- und Sonntagsarbeit, umfangreiche Lehrplanausbildung (Burschenfabriken) usw. üblich wurden. Er resumiert seine Ausführungen dahin: „Zuerst führte der Fortschritt in der Technik zu einer Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse im Großbetrieb, und dann, um die Konkurrenz mit diesem auszuhalten zu können, auch im Handwerk.“

Die erste Nationalversammlung in Mainz, die von Prinzipalen ebenfalls „zahlreich“ besucht war, befaßte sich eingehend mit der „Überhandnahme der Maschinen, wodurch eine Menge von Druckern brotlos geworden sind“. Eine Eingabe an die Deutsche Nationalversammlung enthielt deshalb die Forderung: „Regulierung des Maschinenwesens in Deutschland und Beschränkung desselben insoweit, als dasselbe ohne allgemeinen Nutzen zur Bereicherung des einzelnen dient und als es die Konkurrenz des Auslandes erlaubt“. In einem „Aufruf an die Herren Buchdruckereibesitzer Deutschlands“, den die Abgeordneten

der Buchdrucker erließen, heißt es: „Beraten Sie, wie die durch Maschinen brotlos gewordenen Drucker durch die Maschinenbesitzer vor Nahrungsjorgen geschützt werden können, denn dem Maschinenwesen, als einer Forderung der Zeit, können wir nicht entgegenreten“. Gegen die bereits aufgestellten Maschinen wollte man Beschränkungen nicht eintreten lassen, dagegen sollten bei Anschaffung neuer Maschinen „nur gelernte Buchdrucker zur Bedienung zugelassen, und diese möglichst dem eignen Personal entnommen“ werden. Die heutige Kollegenschaft wird in dieser, urprünglich für die Drucker berechneten Bestimmung einen Vorläufer derjenigen erkennen, die bei der Tarifierung des Maschinenwesens unserem tariflichen Gesez einverleibt wurde.

Die Klimenträume der achtundvierziger Bewegung blieben bekanntlich unerfüllt. Aufruf und Widerspruch der Buchdruckergehilfen waren ohne Wirkung. „Erst eine lange Entwicklung sollte jene machtvollen modernen Organisationsformen schaffen, welche dann mittels der Tarifgemeinschaft äußerst erfolgreich eine Regelung des Wirtschaftslebens brachten.“ (Fortsetzung folgt.)

Schiffsbuchdrucker.

Mit großem Interesse las ich den Artikel „Ozeanfieber“ in unfrem Organe. Durch den Schlußsatz und besonders durch das ominöse Wort „Abenteurerlust“ fühlte ich mich veranlaßt, meine Erfahrungen während einer etwa dreieinvierteljährigen Fahrzeit als Schiffsbuchdrucker zur weiteren Behandlung dieser Materie zu übermitteln und den Kollegen zugänglich zu machen.

Zu den Gründern des im Artikel angegriffenen „Schiffsbuchdruckervereins“ gehörte auch ich. Ob nun dieser Verein wirklich so überflüssig ist, wie behauptet wird, darüber kann ich mir jetzt kein Urteil mehr erlauben, da ich kurz nach der Gründung schon die Fahrerei aufgegeben hatte und seitdem wieder als Landratte in Hamburg tätig bin. Sehr freuen würde ich mich aber, wenn ich heute davon überzeugt werden könnte, was zwar nur dadurch geschehen kann, daß mir Beweisen über die Verband hat für die Wünsche und Beschwerden unserer seefahrenden Kollegen ein Ohr offen und — hält das andre zu! Die bei der Gründung zugegen gewesenen Kollegen (nur gelernte Buchdrucker) haben sich nur mit schwerem Herzen zu diesem Zusammenwirken mit sogenannten „Steward-druckern“ hergegeben. Aber was half's? Auszurollen waren diese nicht kurzerhand. Darum haben wir von zwei Abteil das kleinere gewählt, indem wir uns mit den erfahreneren und auch mit den bestehenden Verhältnissen nicht ganz zufriedenen, als Drucker fungierenden Stewards vereinigen. Wir wollten vorläufig erst einmal den Zusammenstoß aller Schiffsbuchdrucker vermitteln, um Fühlung miteinander zu gewinnen und dann dadurch dem größten Übel, dem Untertun von Stewards zu „Druckern“, vorzubeugen, wozu sich noch viele Kollegen herbeiließen. Besonders junge, mit den seemannschaftlichen Verhältnissen nicht vertraute Kollegen ließen sich hierzu benutzen. Ob es nun dem „Schiffsbuchdruckerverein“ vergönnt war, in diesem Sinn etwas zu erreichen, ist mir leider nicht bekannt, ich wollte auch nur auf die damalige Notwendigkeit eines Zusammenschlusses hinweisen.

Als am meisten Drucker beschäftigende deutsche Gesellschaft ist wohl der Norddeutsche Lloyd zu nennen, und kam dieser dabei auch nur in Betracht, denn nur dort, in den kleinen und kleinsten Druckereien war es den Stewards möglich, noch etwas von unfrem schwarzen Kunst Aufgeschnapptes zu verwerten. Die Hamburg-Amerika-Linie stellt meines Wissens schon seit etwa 1905, wo meine Fahrzeit begann, keine ungelerten Drucker mehr ein.

Wenn nun aber als Mittel zur Besserung der Verhältnisse in dem Artikel gewünscht wird, unfre Kollegen sollten die Nase davon lassen und etwa nach dem bekannten Spruche „Meiße im Lande und nähere dich reichlich handeln“ so möchte ich doch einmal klarlegen, daß dies direkt dem Zweck unfser Organisation zuwider läuft und auch dem schon oft in unfrem Organ erschallten Ruf „Auf zur Wanderschaft“ widerspricht. Es ist meiner Meinung nach nicht Aufgabe unfser Verbandes, unfren Mitgliedern diese Gelegenheit, sich in der weiten Welt umgesehen und sich dadurch ein gewisses Quantum Allgemeinbildung, welche doch in unfrem Verufe bringen

* Durch die Zentralkommission der Maschinenbauer in Berlin kam das Werk zum Preise von 2,50 Mk. (statt 3,50 Mk.) auschl. Porto bezogen werden.

notwendig ist, anzueignen, zu entziehen, sondern wir müssen es uns zum Ziele setzen, diese Sparte so zu organisieren und zu heben, daß wir getrost unsere Kollegen, welche überhaupt zu bewegen sind, sich den Wind einmal um die Nase wehen zu lassen und es übers Herz bringen, ihre Beibrude einmal zu verlassen, getrost hinauszufliegen können. Daß durch die Artikel, welche unsere Kollegen zum „Zippeln“ auffordern, Bezweckte würde dadurch erreicht, ohne daß dieselben der Vereinskasse zur Last fallen. Daß dieser Drang, einmal über die Grenzen unsres Vaterlandes hinauszu kommen und sich Menschenkenntnisse anzueignen, mit „Abenteurerlust“ bezeichnet wird, hat mich sehr in Erstaunen gesetzt; ich dachte, über diese Zeiten wären wir lange hinaus.

Wie da nun Änderung geschaffen werden kann, ist schwer herauszufinden. Meiner Ansicht nach müßten sich die an der Waterkante antizierenden Verbandsfunktionäre dieser Sache einmal gründlich annehmen. Aber dort, scheint es mir, wird diese Sparte auch nicht mit dem notwendigen Ernste studiert. Auch unsere Tarifgemeinschaft hat heute für diesen Berufszweig noch keine Bestimmungen getroffen. Wurde mir doch hier in Hamburg einmal vom Arbeitsnachweis Anweisung gegeben, mich bei der Wörmann-Linie zu bewerben, und doch sind die Verhältnisse der dort fahrenden Kollegen, wie ich aus Erfahrung weiß, zu den traurigsten zu zählen, die es für Schiffsbuchdrucker überhaupt gibt. Bei meiner ersten Anmusterung bei dieser Gesellschaft wurde ich nicht gerade besonders liebevoll behandelt, da aber jetzt Not am Mann war, so wurde ich mit vielen Widlingen empfangen. Als ich aber äußerte, ich hätte schon einmal einen Einblick in die dort bestehenden Verhältnisse gewonnen und würde nur fahren, wenn die Verpflichtung, Stenardsarbeiten mitzumachen, für mich nicht gelte, hatte man nur noch ein Aufschreien für mich übrig. Wahrscheinlich hat es nach mir aber doch noch ein Kollege probiert und ist dabei hereingefallen. Ich bemühte mich überhaupt nur um diese Anstellung, weil es mir dadurch ermöglicht worden wäre, eine Fahrt rund um Afrika mitzumachen, da ich diese Gegenden noch nicht kennen gelernt hatte.

Während meiner Fahrzeit habe ich mich neun Schiffen der Wörmann-Linie, der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd anvertraut und sechs verschiedene Routen befahren. Meine erste Reise war mit der Wörmann-Linie nach Kamerun. Von dieser habe ich nur sehr traurige Erfahrungen mitbekommen. Ich wurde dort auch als „Näbchen für alles“ angesehen. Außer meiner Feuer von 50 Mk. pro Monat (Stenards 35 Mk.) bekam ich einen halben Anteil des gesammelten Zinkgelbes = 40 Mk. (Stenards bekamen einen ganzen Anteil) für ungefähr zwei Monate. Ich habe es zwar verstanden, alle mir aufgebürdeten Stenardsarbeiten abzumähen, indem ich einfach erklärte, dann keine Zeit für die Druckerei übrig zu haben, was mir zwar nicht geglaubt wurde, aber doch half.

Nach dieser ersten Reise hatte ich nun von der Wörmann-Linie sozusagen die Nase voll und ging zur Hamburg-Amerika-Linie über. Dort bekam ich 70 Mk. im Monat und war von Stenardsarbeiten entbunden. Es fiel dieses gerade in die Zeit, als Stenardsarbeiten für Drucker abgeschafft wurden. Es konnte sich der erste Offizier des Dampfers, der nicht nach Hamburg kam und nur zwischen Genua und Newyork verkehrte, darüber gar nicht beruhigen und versuchte es nun, mich auf jede Art und Weise zu schikanieren. Mein auf ein Jahr lautender Kontrakt wurde auf meine Beschwerde in Genua nach dreiviertel Jahren gelöst.

Nachdem ich nun noch auf einem andern Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie mein Heil versucht hatte, wo es mir bis auf die schmale Entlohnung (80 Mk. ohne Nebenverdienst) ganz gut gefiel, ging ich, um auch andre Gegenden kennen zu lernen, zum Norddeutschen Lloyd über. Die Hamburg-Amerika-Linie fährt mit Druckern nur nach Nord- und Südamerika. Während meiner Fahrzeit bei der letzteren wurde meine Feuer schon auf 80 Mk. im Monat erhöht. Wie ich aber jetzt erfahre, ist noch immer 70 Mk. Anfangsgehalt, wenn sich auch die sonstigen Verhältnisse etwas gebessert haben.

Beim Norddeutschen Lloyd mußte ich nun wieder mit 30 Mk. pro Monat anfangen, trotzdem habe ich dort doch mehr verdient als bei der ersten Gesellschaft, was einem Drucker dort, wenn er einigermaßen auf dem Posten ist, auch meistens möglich ist, wenn — er Stenardsarbeiten mitmacht. In den letzten Jahren hat auch der Norddeutsche Lloyd Drucker eingestellt, die als Zeitungsdrucker eine Feuer von etwa 100—120 Mk. erhalten. Es sind aber leider nur sehr wenige. Diese werden auch schon etwas besser behandelt. Vor allem haben sie einen eignen Schlafraum, während die andern Kollegen in den Stenardsräumen (20—30 Menschen in einem kleinen Loch, das kaum etwas Luft von oben erhält) schlafen müssen.

Beim Lloyd steigert sich die Feuer bis auf 50 Mk., dazu kommen bei Sündenfahrt 10 Mk. hinzu. Es ist dies aber nicht eine von der Gesellschaft als notwendig befundene Vergütung, sondern meines Wissens eine vom Reich für die Reichspostdampfer ausbedungene. Mit einer Heuerabrechnung kann ich zur Musterierung auch noch aufwarten: Dienstzeit drei Monate und 24 Tage, Monatsheuer 60 Mk., mithin verdiente Feuer 228 Mk., Wäschegehalt 30 Mk., Gesamtverdienst also 258 Mk. Uebrig: Beitrag zur Seemanns-, Witwen- und Waisenpensionskasse des Norddeutschen Lloyd 11,40 Mk., Invaliditäts- und Altersversicherung pro Woche 20 Pf. = 3,60 Mk., Wäsche 31 Mk., Inventar 40 Mk., Steuern 16,63 Mk., Wäsche 23,60 Mk. Es bleiben also demnach zu zahlen 131,77 Mk.

Der Inventarabzug von 40 Mk. kommt für auf der Reise verloren gegangenes oder zerbrochenes Geschirr in Betracht, das nicht die Gesellschaft, sondern zum Teil die Stenards und Drucker zu ersetzen haben. Nach der genauen Abrechnung, die manchmal mehrere Monate auf sich warten läßt, erhält man dann vielleicht 3 Mk. oder etwas mehr oder gar nichts zurück. Es ist auch schon vorgekommen, daß trotz dieses großen Abzugs noch etwas nachbezahlt werden mußte.

Die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen über die sanitären Verhältnisse der Druckereien an Bord kann ich nur unterstreichen. Sie spotten manchmal aller Beschreibung. Das vom Zeugnissen Gesagte stimmt auch auffällig. Ich kann nur den Kollegen, die es auch einmal mitmachen wollen, raten, sich diese Parasiten vom Hals zu halten. Meistens wird ihnen für teures Geld sehr viel unnütze Ware ausgepaßt, und da eine sofortige Bezahlung gar nicht einmal erwünscht ist, so läßt sich mancher zu Anschaffungen überreden, die ganz unnötig sind.

In dem Artikel „Ozeanfieber“ wird der Wunsch ausgesprochen, die Lohnerhältnisse mit dem Deutschen Buchdruckertarif in Einklang zu bringen; rechnet man aber zu der Feuer von 70 oder 80 Mk. bei der Hamburg-Amerika-Linie Kost und Logis hinzu, so erhält man ja schon eine tarifliche Bezahlung. Dies ist aber, wenn man die teuren Verhältnisse an Bord und gar im Ausland in Betracht zieht (ist doch der amerikanische Dollar = 4,20 Mk. zwar bedeutend größer als unsere Mark, in Newyork aber kaum etwas wertvoller), eine nur sehr spärliche Bezahlung. Es müßte für diese „Sparte“ also ein ganz besonderer Tarif ausgearbeitet werden. Die Arbeitsleistungen an Bord entsprechen ja auch nicht den auf dem Lande tariflich an uns gestellten Anforderungen, sondern erfordern, wenn man mit einer annehmbaren Arbeitszeit auskommen will, eine besonders schnelle Auffassungsgabe und ziemliche Sprachkenntnisse. Habe ich doch zeitweise den Küchenzettel in drei Sprachen (deutsch, englisch und französisch) drucken müssen, was mir zuerst viel Mühe bereitete, da meistens auf eine Hilfe nicht zu rechnen ist.

Trotzdem ich jedem Kollegen gönne, daß er sich einmal draußen umsieht (ich kann auf diese Zeit nur als eine für mich sehr lehrreiche und interessante Vergangenheit zurückblicken), habe ich doch noch keinem Kollegen den Rat gegeben, unter den jetzigen Verhältnissen einen Versuch zu machen.

Sollten meine Ausführungen das zeitigen, was ich damit bezwecke, nämlich die Leiter unserer Organisation auf die meistens noch sehr traurigen Verhältnisse der fahrenden Kollegen aufmerksam zu machen und hier Remedur zu schaffen, so wäre der Zweck dieser Zeilen erfüllt. Hamburg. Johannes Blumenberg.

Anmerkung der Redaktion: Der Artikel „Ozeanfieber“ in Nr. 123 bildete den Extrakt mehrerer Briefe von Schiffsbuchdruckern an uns, die sich in den Hauptpunkten auch mit den vorstehenden Darlegungen des Kollegen B. decken. Darum vermögen wir auch gar nicht einzusehen, daß unsere Schlussfolgerungen aus den geschilderten Verhältnissen nicht das Richtige treffen. Kollege W. wünscht ein Einschreiten unserer Organisation zur Beseitigung der Mißstände; er vergißt aber dabei, daß das erst dann möglich ist, wenn die zuständigen Verbandsinstanzen zu einem Einschreiten genügend einwandfreies Material in Händen haben. Das selbste aber bis heute noch vollständig, und zwar durch die Schuld der direkt Beteiligten, der Schiffsbuchdrucker selbst. Wohl existiert ein Schiffsbuchdruckerverein, der hat aber in Wirklichkeit nur den Charakter einer Pumphalle und bezweckt noch nebenbei die „Pflege guter Beziehungen zur Schiffsfahrts-gesellschaft“, wie wir aus seinem Statut ersehen. Dieser Verein kann also für eine ernsthafte Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Schiffsbuchdruckereien überhaupt nicht in Frage kommen. Vollständig verfehlt ist es aber, wenn Kollege B. glaubt, uns den Vorwurf der Rückständigkeit machen zu dürfen, weil wir unsere Kollegen, deren Wanderlust sie auf die See verschlägt, darauf aufmerksam machen, was ihnen als Schiffsbuchdrucker blühen kann, wenn sie nicht die Augen offen halten und vielleicht gar verfehlen sollten, daß es für Verbandsmitglieder unwürdig ist, sich unter solch traurige Arbeitsverhältnisse auf den Ozeandampfern zu begeben, wie wir und Kollege W. sie zu schildern gezwungen waren. Denn die Verhältnisse der meisten Schiffsbuchdruckereien sind selbst in den traurigsten Winkel-druckereien des Festlandes nicht mehr zu finden. Darum bleiben wir dabei, daß es in erster Linie Sache jedes einzelnen Schiffsbuchdruckers ist, sich als Mann zu zeigen, für den der Verband gerade wie für den Kollegen auf dem Festlande Rückendeckung, aber nicht Vorhut sein soll. Daß dieser Weg auch für die Schiffsbuchdrucker gangbar und erfolgreich ist, bezeugt Kollege B. durch Schilderung seiner Lebenserfahrungen selbst.

Das Krankengeld.

Das Jahr 1910 geht seinem Ende entgegen, und wohl mancher Kollege in unserem großen Verbandsgebiete wird sich schon im stillen die Frage vorgelegt haben: Was wird das Jahr 1911 alles bringen? Das kommende Jahr ist ja infolgedessen von Bedeutung, als es uns die nächste Generalversammlung bringen wird und der Tarif einer Revision unterzogen werden soll.

Ich möchte nun die Aufmerksamkeit der Kollegen auf einen Unterstützungsweig unsres Verbandes lenken, der bisher etwas stiefmütterlich behandelt wurde. Ich meine

die Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige, an unsere kranken Kollegen. Ich sehe hierbei auf Seite des Kollegen Kühne (Birmasens), der diese Materie in Nr. 125 des „Farr.“ ziemlich ausführlich behandelte. Er wünscht, auf zentralem Wege die Krankenunterstützung zu erhöhen. Das ist auch meine Meinung. Daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, dürften die meisten Kollegen wohl einsehen. Greulicherweise ist es auch schon vielfach in die Tat umgesetzt worden, indem Gaue, Bezirke und Ortsvereine bereits eine Extrainterstützung eingeführt haben bzw. einführen wollen. Also, das Bedürfnis ist schon vielerorts anerkannt, und da erscheint es mir von Wichtigkeit, einer allgemeinen Erhöhung der Verbands-krankenunterstützung auf der Generalversammlung das Wort zu reden.

Der Kollege auf der Reise lebt heute sorgenloser mit seiner Reiseunterstützung als der kranke, der in vielen Fällen noch eine Familie durchzuschleppen hat. Es könnte nun eingewendet werden, daß der kranke Kollege ja auch noch die Unterstützung seiner zuständigen Orts- bzw. Gemeindefrankenkasse bezieht. Aber wie sieht es da an vielen Orten so traurig aus! Da sind unsere Provinz-kollegen am besten daran. (Ein Beispiel gibt Kollege Kühne am Anfang seines Artikels.) In den kleineren Provinzstädten gibt es tatsächlich Ortskrankenkassen, deren tägliche Unterstützung unsre Verbandsunterstützung kaum übersteigt, da ja meistens nur für die Arbeitstage die Unterstützung gezahlt wird, Sonn- und Feiertage also abgezogen werden.

Mancher Kollege wird nun einwenden, daß unsre Verbandskasse nicht dazu da ist, die schlechte Unterstützung der Orts- bzw. Gemeindefrankenkassen zu ergänzen. Mancher wird auch denken, sorgt doch dafür, daß bessere Zustände an dem betreffenden Orte Platz greifen. Aber das ist leichter gesagt als getan. Ich bin der festen Überzeugung, daß viele unserer Kollegen führende Stellen bei ihren Ortskrankenkassen einnehmen und alles daran setzen, bessere Verhältnisse zu schaffen. Jedoch sind sie in der Minderheit und unterliegen dem Drucke der Arbeitgeber, die alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Erhöhung der Unterstützungssätze, die meistens eine Erhöhung der Beiträge im Gefolge haben, nicht aufkommen zu lassen, da sie bei der Erhöhung der Beiträge auch in Mittelbedienstetung gezogen werden. Wir wurde noch vor kurzem von einem solchen Arbeitgeber zweimal ins Gesicht gesagt: „Wir Arbeitgeber müssen zahlen und haben nichts davon.“ Jedenfalls bedarf dieser Ausdruck keines Kommentars. Ich führe an meinem Orte seit einem Zeitraum von zwei Jahren im Vereine mit den Kollegen einen geradezu erbitterten Kampf, jedoch vergebens. Aber auch manches läßt sich nicht erreichen, da die Verhältnisse der Kasse mitsprechen und teilweise das Krankenversicherungsgesetz im Wege steht. Zum Beispiel, wenn der gesetzliche Reservefonds noch nicht erreicht ist.

Diese kleine Abschweifung möge dazu angetan sein, den Nachweis zu erbringen, daß in der Provinz noch vieles im argen liegt bezüglich der Orts- und Gemeindefrankenkassen. Da ist also der beste Weg, zur Selbsthilfe zu greifen durch Einführung einer allgemeinen höheren Verbandskrankenunterstützung. Denjenigen Kollegen, die das Vertrauen ihrer Kollegen zur Generalversammlung entfendet, möchte ich warnen ans Herz legen, diesen Punkt recht eifrig zu fördern. Ob es mit oder ohne Beitrags-erhöhung zu erreichen ist, möchte ich der Generalversammlung überlassen. Aber so viel glaube ich annehmen zu dürfen, daß unsre Mitglieder gern den erhöhten Beitrag bezahlen, wenn sie einer Gegenleistung gewiß sind. Caarlouis. Heinrich Schuch.

Das Buchgewerbe im Auslande.

England. Die seit langen in Vorbereitung sich befindende Achtstundentagbewegung steht nun definitiv vor der Tür. In der Londoner Sehergesellschaft wurde mittels Abstimmung der Antrag: „Zwölfzig Stunden Wochenarbeit vom 1. Januar 1911 und eine Maximalarbeitszeit von achtundvierzig Stunden vom 1. Januar 1912 ab“, mit einer Mehrheit von 6346 Stimmen angenommen. 1501 Stimmen waren dagegen. Mit ähnlichen Mehrheiten wurden die Extrasteuern von 3 bzw. 6 Pence angenommen. Die eine beginnt bereits am 6. November. In London wäre obiger Antrag bei der ziemlich straffen Organisation der Londoner Sehergesellschaft nicht allzu schwierig durchzuführen. Doch es handelt sich, um nicht einen großen Teil der Arbeit in die Provinz verlegt zu sehen, ja um eine gemeinsame Bewegung aller graphischen Hauptverbände (Seher, Maschinenmeister, Buchbinder, Ueleger usw.) im ganzen Königreiche. Sie repräsentieren zusammen das stattliche Heer von über 60000 Mitgliedern. Die „Daily News“ beilen sich, ihren Lesern von der „Krisis im Buchgewerbe“ Mitteilung zu machen. Hoffentlich kommt es nicht so weit. Wir wünschen schon heute unsren Kollegen überm Kanale vollen Erfolg. Sollte es möglich sein, den Achtstundentag im ganzen Land einzuführen, so wäre nicht nur ein guter Teil der chronischen Arbeitslosigkeit behoben, sondern der moderne Gewerkschafts- und Tarifgedanke hätte eine neue glänzende Probe von seiner Geltungsberechtigung geliefert.

Der Beschäftigungsstand ist für Buchdrucker gegenwärtig in London nicht besonders günstig. Deutsche Kollegen werden in ihrem eignen Interesse gut daran tun, vor der Annahme einer Kondition sich zwecks Aus-tunft an Chas. Dpiz, 226 Blackhorse Lane, Waltham-stow, London, zu wenden.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Die am 23. Oktober in Wolfenbüttel abgehaltene Bezirksversammlung war sowohl vom Vorort als auch von sämtlichen Bezirksorten außerordentlich stark besucht. Der geräumige Saal von „Lebbigs Garten“ war bis auf den letzten Platz gefüllt, und außerdem konnten wie ein Mitglied des Gauverbandes, den Kollegen Emil Fritzsche (Hannover), in unser Mitte begrüßen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der angekündigte Vortrag des Kollegen Fritzsche: „Mück- und Ausbläse“, in welchem der Referent in großzügiger Weise die Geschichte des Verbandes und der Tarifgemeinschaft darstellte sowie ein Stimmungsbild über die gegenwärtige Lage im Beruf in fein pointierter Rede entwarf. Es war ein wirklicher Genuß, und mit höchlichem Interesse verfolgten die Anwesenden die etwa ein dreiviertelstündige, interessanten und gehaltvollen Ausführungen. Der lebhafteste, langandauernde Beifall, der sich auch beim Schlußwort wiederholte, bewies, daß nahezu alle Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden waren. Unter „Geschäftliches“ wurden u. a. einige Kollegen in den Verband aufgenommen. Die Abrechnung pro drittes Quartal wurde einstimmig genehmigt. Der Antrag eines Kollegen auf Ausschluß eines Mitglieds wurde abgelehnt.

Is. Duisburg. Am 22. Oktober fand unsere sechste ordentliche Versammlung statt. Da unser Gauvorsteher Albrecht einen Vortrag zugesagt hatte, war die Versammlung besser als gewöhnlich besucht. Die reichhaltige Tagesordnung brachte neben drei Neuaufnahmen die Wahl eines Bezirksvorsitzenden; da Kollege Sport, durch seine schwere Erkrankung dazu veranlaßt, diesen Posten niederlegen mußte. Sie wurde dahin erledigt, daß Kollege Palecki bis zum Januar die Geschäfte als Bezirksvorsitzender mit übernimmt. Den Kasfenbericht gab Kollege Wehrauch, während Kollege Saus mitat den Gewerkschaftsartikelbericht erstattete. Ferner wurde beschlossen, unser Winterfest am 10. Dezember im „Zentralhof“ abzuhalten. Das Thema, welches sich Kollege Albrecht zu seinem diesmaligen Vortrag erwähnt hatte, lautete: „Die lokalen Organisationen und die Hirsch-Lunderschen Gewerkschaften“. Wie immer, so festelte auch diesmal Kollege Albrecht durch seine interessanten Ausführungen die erschienenen Kollegen, die dem etwa eineinhalbstündigen Vortrage, der in fließender, leicht verständlicher Form gegeben wurde, große Aufmerksamkeit entgegenbrachten. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten, deren Erwähnung sich erübrigt, schloß Kollege Palecki mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Görlitz. Die Ablehnung eines vor längerer Zeit gestellten Antrags, den „Typograph“ mitaufzukaufen, ist schuld daran, daß mir erst jetzt auf den von dritter Seite zugelandten Artikel in Nr. 43 des „Typ.“ antworten können. Inzwischen ist auch ein persönlicher Brief des ehemaligen Bundesvorsitzenden Scheunig eingegangen mit dem Ersuchen, verschiedenes zu berichtigen. Da sich der Brief mit dem „Typ.“-Artikel deckt, so sind wohl beide Verfasser identisch, und wir können die Berichtigungen im ganzen abmachen. Mit vielen Spatzen und einigen aus unrem Bericht herübergenommenen Sägen in „versucht der Verfasser wenigstens mit einigen Schlagern die Reinigungsdomäne zu würgen. Daß der Ortsvorsitzende des Bundes erklärt hat, er lasse sein Mitglied auf keinen Fall aufführen, gibt er brieflich zu, aber er will hinzugefügt haben: „Wir müssen doch vor allen Dingen erst den Entscheid des Tarifamts abwarten, ehe weitere Maßnahmen ergriffen werden können!“ Ja, weiter Herr Scheunig, das war doch selbstverständlich! Aber, Sie haben ja den angeführten Satz gar nicht ausgesprochen, sondern gesagt, wenn die Firma gestrichen würde, dann würden Sie sich nochmals auf die Hinterbeine setzen! Das einmalige Zusammenarbeiten mit dem Bunde zwecks Regelung tariflicher Fragen hat uns die „Brüder in Christo“ in ganzer Größe gezeigt. Unglücklich wurde vorher schriftlich angefragt, um was für tarifliche Fragen es sich handle und dann wurde demenziert, daß es eine Art hatte. Auch in dem Artikel wird ja die devoteste Verbeugung nach oben gemacht. Großspahlerlich schreibt der Görlitzer „Typ.“-Berichterstatter, daß der unter Minimum bezahlte Bündler schon längst das Minimum habe. Aber er entkräftet sich wohl, daß erst von unserer Seite der ehemalige Bundesvorsitzende erfucht werden mußte, für tarifliche Verhältnisse bei diesem Mitgliede zu sorgen. Sollten Sie vielleicht den Mut gehabt haben, Herr Scheunig, den „Volontär“ aus dem Bund auszuschließen, dann hat unsere Erziehungsarbeit doch wenigstens Früchte getragen. Klipp und klar ist Ihnen ja mitgeteilt worden, daß wir in Zukunft die tariflichen Verhältnisse des Bundes an der richtigen Schmelde anbringen werden, und das hat anscheinend gezeugen. Die Klagen des betreffenden Kollegen über den Bund, ferner Ihr schöner Satz im Briefe, daß dieser „Volontär“ noch einmal die Reihen der „Organisation von Weltrauf“ zieren werde, zeugen so recht von „christlicher“ Gesinnung. Klingt es nicht, als ob ein Wops den unerschöpfbaren Wond anbellt? Mit einer gewissen Monchalance geht der „Typ.“-Schreiber über den von uns bemiesenen Terrorismus der Bündler hinweg, da er, seiner Meinung nach, ans Pächliche streift. Wenn wir auch weniger „christlich“ sein mögen als die tapferen Ritter von Bunde, so ist es uns doch recht ernst mit der Beurteilung des von den Letzteren ausgeübten Terrorismus. Mehrere Bundesmitglieder haben uns gegenüber erklärt: „Es möchten ja verschiedene in den Verband überbetreten, aber sie würden dadurch ihre Kondition zu verlieren!“ Steht dahinter kein Terrorismus?

Oder wollen Sie auch dies widerlegen? So erkundigen Sie sich erst bei Ihren Mitgliedern, denn die sind doch — wahrheitsliebend, nicht wahr!?

—ch. Halle a. S. (Ortsversammlung vom 15. Oktober.) Die Genehmigung eines Aufnahmeversuchs und verschiedener Mitteilungen des Vorstandes bildeten die ersten Punkte der Tagesordnung; unter anderem wurde beschlossen, am Totensonntag ein Konzert zu veranstalten, zu welchem sich in altgewohnter Weise die beiden hiesigen Kollegenvereine (Gesangverein und Orchesterverein) in uneigennütziger Weise in den Dienst der guten Sache stellen. Der überhört dieser Veranstaltung soll zu Weisnachten an die Arbeitslosen verteilt werden, da hier eine sehr hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Auch wurde beschlossen, um den durchreisenden Kollegen die Wohltat eines Bades zu verschaffen, den Preis für dieses aus der Ortskasse zu bezahlen (die Badebelegenheit ist vom Verkehrsvereine Streicher eingerichtet worden). Unter den Mitteilungen des Vorstandes rief ein Punkt, der eine lokale Angelegenheit betraf, eine rege Debatte hervor. Im weiteren Verlaufe der Versammlung gelangten tarifliche Fragen zur Erörterung, während unter „Sonstiges“ die Förderung des Genossenschaftswesens und der Anschließung an den hiesigen Konsumverein empfohlen wurde.

Landshut. Die am 22. Oktober abgehaltene Quartalsversammlung hatte leider wieder nur einen mittelmäßigen Besuch aufzuweisen. Nach Aufnahme eines jungen Kollegen erstattete der Kassierer den Rechnungsbereich. Für seine musterhafte Kassensführung wurde ihm Bedanke erteilt. Unter „Vereinsangelegenheiten“ gab der Vorsitzende eine Zusammenfassung des Kollegen Ruchenreuther (Regensburg) betreffs Abhaltung eines Vortrags über „Einlohnenschnitt der Gegenwart“ bekannt. Es wurde hierzu beschlossen, Kollegen Ruchenreuther für einen Sonntagvormittag zu gewinnen. Eine längere Debatte entspann sich über die Versammlungsschwänzer. Man beschloß, auf diese in geeigneter Weise einzuwirken, um dadurch einen besseren Versammlungsbesuch zu erzielen. Eine kurze Debatte erregten auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse der nichtorganisierten Hilfsarbeiterinnen in den Maschinenfabriken an Orte.

Leipzig. In der am 21. Oktober in der Alberthalle des „Kriemhildpalastes“ abgehaltenen Gaumitgliederversammlung, der ersten, die sich mit der Tarifrevision beschäftigte, stand als einziger Punkt ein Referat des Kollegen Emil Döblin (Berlin) über „Die gewerkschaftliche Situation unter Berücksichtigung der nächsten Tarifrevision“ auf der Tagesordnung. Der Gauvorsitzende Engelbrecht begrüßte den Kollegen Döblin und sprach auch der Versammlung seinen Dank für ihr überaus zahlreiches Erscheinen aus; konnte doch die 4000 Personen fassende Alberthalle die Erschienenen nicht alle beherbergen, so daß ein großer Teil der Kollegen umkehren mußte. In gewohnter Weise verstand es Kollege Döblin in einem eineinhalbstündigen Referate, seine Zuhörer zu fesseln, und in klaren Worten beleuchtete er die derzeitige gewerkschaftliche Situation, ausgehend davon, daß der Tarif das wichtigste Bindemittel für unsere Organisation sei. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen erwähnte er, daß die Taktik der Buchdrucker, Tarifverträge abzuschließen, internationale Nachfolge fände. Eine genaue Marschroute ließe sich für die nächstjährige Tarifrevision im voraus nicht festlegen; in Anbetracht der schwierigen Situation bedürften die Führer aber das volle Vertrauen jedes einzelnen. Ein Kampf werde nicht gewinnlich, denn wirtschaftliche Kämpfe würden nicht geführt, um zu kämpfen, sondern ergäben sich aus der Notwendigkeit, wie ja auch jeder Kampf wieder zu einer Verständigung führen müßte. Nicht endenwollender Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. In der nun folgenden Diskussion wurde seitens einiger Redner zum Ausdruck gebracht, daß man nicht unbedingt an dem Tarife festhalten solle, der ja nicht das Ideal aller Kollegen sei. In seinem Schlußwort stellte Kollege Döblin, zum Teil in humoristischer Weise, einige irrtümliche Auffassungen, welche sein Referat ausgelöst hatte, richtig. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß die imposante Versammlung.

Leipzig. Die diesjährige Bezirksversammlung fand am 23. Oktober in Goldberg im Hotel „Zum schwarzen Adler“ statt. Der Vorsitzende Müller machte zunächst Mitteilung von dem vollzogenen Vorstandeswechsel und bat um die nötige Rücksicht. Kollege Vöhm (Goldberg) hieß die zahlreich erschienenen Kollegen herzlich willkommen. Der Vorsitzende gedachte des Ablebens zweier Kollegen (Menzel in Biegnitz und Klebig in Bunzlau), deren Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Die Feststellung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 112 Mitgliedern, und zwar aus Biegnitz 61, Bunzlau 35, Sayna 14, Goldberg 8, Lüben 1, Neumarkt 2 und Malsch 1; Jauer und Parnitz waren nicht vertreten. Der Bericht des Bezirksvorstandes ergab, daß namentlich in den kleineren Druckorten die Lehrlingsverhältnisse noch manches zu wünschen übrig lassen. Im übrigen ist das Berichtsjahr befriedigend verlaufen, bis auf die Demission des alten Bezirksvorstandes. Kollege Jänich suchte in längeren Ausführungen diesen Schritt zu rechtfertigen und erang damit die Sympathien der Anwesenden. Es entspann sich eine erregte Debatte. Das Vorgehen des Gauverbandes gegenüber dem Bezirksvorsteher wurde sehr scharf verurteilt. Allgemein wurde bedauert, daß niemand vom Gauvorstand anwesend war, um eine Klärung der Sachlage herbeiführen zu können. Nach langer Diskussion wurde mit der Berichterstatterung der einzelnen Vertrauensmänner fortgesetzt. Die Firma Entlich (Neumarkt) hat den Tarif anerkannt; dagegen wurde die Firma Stiller (Biegnitz) aus

dem Tarifverzeichnis gestrichen. Der Kasfenbericht lag gedruckt vor. Die Mitgliederzahl des Bezirks betrug Ende des dritten Quartals 192. Ein Antrag der Mitgliederzahl Biegnitz auf Einführung einheitlicher Beitragsquittungsbücher für die Mitglieder des Bezirks vom 1. Januar 1911 ab wurde abgelehnt, da verschiedene Mitgliedschaften bereits gut bewährte Beitragsquittungsbücher haben. Der Antrag der Mitgliedschaft Goldberg: „Die Bezirksversammlung möge den Bezirksvorstand ermächtigen, bei der Handwerkskammer zu Biegnitz vorstellig zu werden, die Gehilfenprüfungen für das Buchdruckgewerbe in Zukunft rechtzeitig, spätestens aber 14 Tage vor dem 1. April und dem 1. Oktober jeden Jahres als dem Zeitpunkt, an welchem gewöhnlich die Befristung abläuft, abzuhalten, damit Unzuträglichkeiten, wie sie sich durch Späterlegung der Prüfungsstermine, oft nach abgelaufener Befristung, ergeben haben, in Zukunft vermieden werden“, wurde einstimmig mit dem Zusatzantrag angenommen, daß zu den Prüfungskommissionen auch organisierte Gehilfen hinzuzuziehen sind. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Biegnitz gewählt. Unter „Verschiedenes“ verzichtete, da der Wagen herrschlich sein Recht forderte, jeder auf Wort. Durch Worte des Dankes sowie Erheben von den Plätzen wurde dem bestbewährten alten Bezirksvorstande für seine Tätigkeit Anerkennung gezollt.

Neheim. In der am 22. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung unseres jungen Ortsvereins hielt der Bezirksvorsitzende Lorenz (Hagen) einen äußerst anregenden und bildenden Vortrag über: „Unsere Aufgaben“. Der Vorsitzende Kroschky konstatierte die Tatsache, daß in dieser Versammlung eigens für die Neheimer Kollegen überhaupt zum erstenmal ein Referat zu begrüßen sei und behauerte, auch in Rücksicht hierauf, daß seitens des Nachbarortsvereins Arnberg kein Kollege unserer Einladung Folge leistete. War auch die Versammlung gut besucht, so mußte doch der Vorsitzende mit scharfen Worten rügen, daß es auch in unserer kleinen Gemeinschaft Kollegen gibt, die die Bemühungen des Vorstandes, gewerkschaftliches Wissen zu verschaffen, damit beantworten, daß sie die Angelegenheiten anderer Vereine ihren gewerkschaftlichen Pflichten überordnen. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß sich ein jeder nicht nur seiner Rechte, sondern auch seiner Pflichten bewußt werde. — Die am andern Morgen mit unfrem Gast unternommene Partie zur im Bau begriffenen Mühlenställe hat allseitig befriedigt.

Neuruppin. Die am 22. Oktober abgehaltene ordentliche Monatsversammlung des Ortsvereins war zahlreich besucht, wie wir solches von sämtlichen Versammlungen berichten können. Die Zeit, wo auch wir vorübergehend schwachen Versammlungsbesuch hatten, liegt schon einige Jahre zurück. (Wieder ein Nichtblick! Heh.) Abermals konnten in dieser Versammlung drei Kollegen in den Verband aufgenommen werden, darunter zwei Neuausgewählte. Der Vorsitzende Reinhardt begrüßte die Neuaufgenommenen in üblicher Weise und wies gleichzeitig auf die Rechte und Pflichten der Kollegen als Verbandsmitglieder hin. Nachdem im fernern Verlaufe der Tagesordnung Vorwissen in einer hiesigen Druckerei einer scharfen Kritik unterzogen worden, nahm die Versammlung Kenntnis von den Verhandlungen der letzten Kartelltagung. Der Vorsitzende forderte die Versammelten auf, sich recht zahlreich an der in nächster Woche stattfindenden Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse zu beteiligen. — Als besonders erfreulich ist zu berichten, daß in der Septemberversammlung die Gründung eines Kollegengefangenenvereins beschlossen wurde, die inzwischen bereits vollzogen worden ist. Sämtliche Ortsvereinsmitglieder sind dem Gesangvereine beigetreten, der den Namen „Gutenberg Neuruppin“ führt. Gelegentlich unfres 30. Stiftungsfestes im Januar d. J. beehrte uns eine Sängerkapelle des „Gutenbergs“ Potsdam mit ihrem Besuche, welche durch ihre vorzüglich vorgetragenen Lieder den Wunsch in uns erwecken ließ, auch hierorts einen Buchdrucker-Gesangverein zu gründen. Den Potsdamer Sängern sind wir stets dankbar, da sie auch durch Überwindung von Notennmaterial uns den Anfang erleichtern halfen. Gleichzeitig richteten wir auch an andre Kollegen-Gesangvereine die Bitte, überflüssige Noten uns überlassen zu wollen. — Da den hiesigen Gewerkschaften seit zwei Jahren kein Lokal mit Saal am Orte zur Verfügung stand, hat ein Gewerkschaftsmitglied das Lokal „Germania“ gekauft, das schon früher Gewerkschaftslokal war. Es wird daher auch unsere nächste Bezirksversammlung wieder am Vorort abgehalten werden.

s. Sagan. Am 22. Oktober feierte unser Ortsverein unter Beteiligung von Gästen in der „Roge“ sein zweites Stiftungsfest, das einen befriedigenden Verlauf nahm. Bemerkte ich noch, daß die Firma C. Köppel die Druckfachen gratis lieferte, wofür ihr auch hier Dank ausgesprochen sei.

Spaldingen. Die Herbstversammlung des Bezirksvereins Oberer Schwarzwald tagte am 23. Oktober hier. Sie wies einen guten Besuch auf aus sämtlichen Druckorten des Bezirks; außerdem ließ es sich Willingen nicht nehmen, einen Vertreter zu entsenden. Zunächst wurden die ausgelegten Druckfachen mit Interesse einer Beschäftigung unterzogen. Die Nachmittagsversammlung wurde durch den Bezirksvorsitzenden Schädlel mit kurzen Begrüßungsworten eröffnet und nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung, das zu Einsprüchen keinen Anlaß gab, in die Tagesordnung eingetreten. Diese war diesmal nicht sehr umfangreich und fand glatte Erledigung. Seitens der Vertrauensmänner verschiedener Mitgliedschaften wurde geklagt über flauen Versammlungsbefuch und Interesslosigkeit. Die eingesetzte Diätenkommission schlug als Reisekostenentschädigung 40 Proz.

vor, was genehmigt wurde. Als Tagungsort der nächsten, etwa im März 1911 tagenden Bezirksversammlung wurde Oberdorf bestimmt. Beschlossen wurde ferner, nächstes Jahr keine Johannisfeier abzuhalten; an dessen Stelle wird eine weitere Bezirksversammlung stattfinden im Hinblick auf die Tarifrevision. Auch technische Vorträge stehen uns wieder in Aussicht.

Erwiderung.

In Nr. 122 des „Korr.“ erläßt die Firma Gebr. Klingsspor (Offenbach) eine Verächtigung, zu welcher der unterzeichnete Verein folgendes zu erklären hat:

Im Juli d. J. setzten wir uns mit der Firma Gebr. Klingsspor in Verbindung zwecks Besichtigung ihrer Schriftgießerei und erbitteten am 9. Juli die Antwort, daß wir der Firma willkommen wären. Nur sollten wir den Tag des Besuchs angeben, da, wenn er auf einen Sonntag fiel, die Genehmigung zur Sonntagsarbeit eingeholt werden müsse. Hierauf teilten wir der Firma mit, daß unser Vorliegender Sonntag, 11. September, nach Offenbach käme und alles weitere besprochen würde, worauf die Firma schrieb, daß unser Vorliegender mit einem ihrer Beamten alles Weitere abmachen sollte. In dieser Unterredung wurde Sonntag, 18. September, als Besichtigungstag festgesetzt und versprochen der Beamte, alles Weitere zu veranlassen. Sollten die Inhaber der Firma nicht einverstanden sein, dann würden wir am Montag benachrichtigt werden. Da diese Nachricht bis Mittwochabend nicht eingetroffen war, mußten wir annehmen, daß unser Besuch ungenügend sei und erlaubten wir alle noch nötigen Vorarbeiten zu der Exkursion.

Wir waren nicht wenig erstaunt, als unser Vorliegender dann am Donnerstagabend folgenden Brief erhielt: „Wir nehmen Bezug auf die mit Ihnen gebaute Unterredung und bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß der von dem Maschinenmeisterklub für nächsten Sonntag beabsichtigte Besuch unserer Anstalt nicht stattfinden kann.“

Es war uns nicht möglich, die zur Erklärung und in Betriebsetzung der Maschinen nötigen Leute zusammenzubringen, wie sich andererseits auch verschiedene Schwierigkeiten wegen der Besichtigung des Betriebes an einem Sonntag ergeben haben. Abgesehen davon, dürfte es für die zahlreichen Herren bei der Besichtigung unsrer Anstalt auch wenig Wert haben, wenn wir nicht alle Maschinen laufen lassen könnten, sie würden dann keinesfalls einen richtigen Einblick in die Herstellung unsrer verschiedenen Arbeiten gewinnen können. So gern wir Sie auch hier einmal begrüßen würden, möchten wir Sie doch bitten, in Anbetracht der Umstände Ihren Besuch auf einen andern Tag zu verschieben. Hochachtungsvoll Gebr. Klingsspor.

Bereits am 9. Juli, also reichlich zwei Monate vor der geplanten Besichtigung, teilte uns die Firma Gebr. Klingsspor (Offenbach) mit, daß wir ihr willkommen seien. Außerdem erklärte sie in einem späteren Briefe, daß unser Vorliegender mit einem ihrer Beamten alles Weitere abmachen sollte. Das geschah, indem mit dem Beamten der 18. September als Besichtigungstag vereinbart wurde. Als am Montag resp. Dienstag eine Absage nicht eintraf, konnten wir mit Recht annehmen, daß die Besichtigung stattfinden könne. Wir konnten auch nach dem Briefe der Firma nicht daran zweifeln, daß ihr Beamter das Recht hatte, eine bindende Zusicherung zu machen.

Wenn die Firma in ihrer Verächtigung erklärt, eine Zusicherung zur Besichtigung nicht gegeben zu haben, auch ihr Angestellter habe kein Recht dazu gehabt, so reimt sich das schlecht zusammen.

Als der den Besuch abgebende Brief der Firma erst am Donnerstagabend in die Hände unsres Vorliegenden gelangte, war es aus verschiedenen Gründen zu spät zur Abgabe der seit Monaten geplanten Veranstaltung. Wir hatten nämlich mit den Darmstädter Kollegen noch eine Besichtigung der Waagengußanstalt von Koch & Grün in Offenbach in Aussicht genommen und für Frühstück, Mittagessen usw. Sorge getragen. Weiter hatten die Offenbacher Kollegen uns zu Ehren ein kleines Fest arrangiert. Wir fuhrten also doch nach Offenbach und besichtigten statt der Firma Klingsspor Frankfurt, nachmittags die Firma Koch & Grün.

Der Vorstand des Maschinenmeisterklubs Mannheim-Ludwigshafen. J. U.: Georg Häger.

Rundschau.

Tariffdifferenzen in Prizwall erfordern es, daß bis auf weiteres sämtliche Konditionsangebote von dort abgelehnt werden.

Es schmerzt! Daß die Berliner Zeitung des Gutenbergsbundes zu den im „Korr.“ wiedergegebenen Momentaufnahmen aus dem Lager der lebernen Jabobiner ganz und gar schweigen würde, haben wir natürlich nicht erwartet. Was der „Typograph“ (der immer noch vertretungsweise von Herrn Paul Thranert gelobt wird, obwohl sich kein Hans Hudebein als Redakteur finden will) aber zu unsren grellen Schläglichen in des Bundes Schwindelgeschäfte zu sagen weiß, bleibt weit hinter unsren Erwartungen zurück. Mit uns werden wohl noch andre Leute der Meinung sein, daß wenn auf solche Enthüllungen — dabei hatte man in der Jabobitirchstraße den schwerwiegendsten Artikel (Nr. 126) noch gar nicht zu Gesicht bekommen, geschweige denn verbaut — auf ein solches Beleuchten mit Röntgenstrahlen totales Ausschweigen in

den gravierendsten Punkten die Antwort ist, im Staate Gutenbergbund nicht bloß faul sein muß. Bleibt also die Tatsache bestehen, daß unsre aus dem nur für die Mitglieder bestimmten Protokoll und auf Grund durchaus zuverlässiger Informationen aus den verschiedensten Bündlerdomänen gemachten Feststellungen ins Schwarze getroffen haben. Herr Thranert reagiert nämlich nur mit der feinen biden (in doppeltem Sinne des Wortes) Freunde Hoffsäß abgelaufrigen Altweiberlage über den angeblich schlechten, in Wirklichkeit aber solchen Leuten gegenüber mit Recht kräftigen Ton im „Korr.“, redet allerlei dummes Zeug von Denunziationen, übertrumpft seine von uns nur beantworteten kühnen Ausdrückungen mit noch gewagteren Zahlenmanövern und jammert zum Schluß über das so wenig harmonische Verhältnis zwischen getreuen Nachbarn und desgleichen. Den „Typograph“ verfolgt in solchen Situationen aber stets das heillose Bech, die schöne Lehre vom guten Ton in allen Lebenslagen höchstselbst ad absurdum zu führen, und unsre vermeintlichen Denunziationen verwechselt er immer mit des Bundes berüchtigten Denkschriften an Parlamente und Behörden wie auch mit dessen verdächtigen Eingaben und Petitionen an die gewerblichen Körperschaften und den schloffen Angehörigen seiner Mannen bei den Prinzipalen. Jeder Vorwurf und jede Beschuldigung gegen den bösen „Korr.“ fällt auf das „christliche“ Organ „Typograph“ hundertfältig zurück. Die ganze Heulmeierei ist für die Nagl- Nummer für Nummer des Bundesorgans wird gegen den Verband gesetzt, werden Behauptungen über unsre Organisation, einzelne Mitgliedschaften oder bestimmte Personen aufgestellt, die in ihrer Unverfrorenheit manchmal alles übertreffen. Wir halten jedoch an unsrem Versprechen fest, mit dem einen Fremdkörper im Organismus der deutschen Gehilfenschaft darstellenden Gutenbergsbund und uns von Zeit zu Zeit, wenn sozusagen die Kompottschüssel wieder voll ist, zu befüllen und erfragen wiederholt unsre Kollegen, ebenso zu handeln oder noch besser, uns ihr Material zur periodischen Verwendung zu überlassen. Was bei den dann und wann unvermeidlichen Generalreinigungen nur irgendetwas vordembar ist, wird bei solchen Gelegenheiten zweckentsprechend untergebracht und wirkt dann auch nachhaltiger. Lassen wir also die bündlerischen Heerführer die vier schweren Gänge verbauen, machen sie sich nachdem wieder maufig, haben wir noch einen reichlichen Reservecorps zur Verfügung.

Bei der Gehilfenprüfung in Jnsterburg, der sich elf Neuausgelernte unterzogen, erhielten sechs Gehilfen die Note „Gut“ und fünf „Genügend“.

Eine Zirkusdruckerei ist wohl das Neueste, das im deutschen Buchdruckergewerbe zu registrieren wäre. Vor uns liegt nämlich eine illustrierte Zeitung, die vom „Zirkus Charles“ herausgegebene „Moderne Arena“. Aus ihr entnehmen wir, daß der Verlag dieser Zeitung den Namen des Zirkustitels trägt, seinen ständigen Wohnsitz in Berlin N., Danziger Straße 81, hat und unter der verantwortlichen Leitung eines Herrn Paul Köppe steht. Ferner ist aus dem weiteren Inhalte der Zeitung zu entnehmen, daß in der eignen Druckerei zehn Seiger, zwei Maschinenmeister, zwei Korrektoren, drei Redakteure, vier Beleglinge, neben dem benötigten Büropersonal auch sechs Buchdruckerhilfsarbeiter, vier Anlegerinnen und acht Falzgerinnen beschäftigt sind. Die für Wagen an die Reklameleute jährlich zur Auszahlung kommende Summe soll sich auf 90000 Mk. belaufen und der Gesamtpersonat für große Stadt- und Landzettel 320000 Mk. im Jahre betragen. Im Verzeichnisse der deutschen Tarifdruckereien ist jedoch diese Zirkusdruckerei nicht zu finden, was darauf schließen lassen könnte, daß das Verständnis der maßgebenden Personen dieses Unternehmens für die Beachtung des Gewerbegesetzes der Buchdrucker nicht groß ist. Diese aber wie die Arbeiter im allgemeinen beurteilen auch ein Zirkusunternehmen nicht bloß nach den artistischen Leistungen, sie wollen auch sehen, „was dahinter steckt“. Wir glauben daher, daß es nur dieser kurzen Feststellung bedarf, um dem neuen Sprößling im Buchdruckergewerbe eine korrektere Unterlage zu schaffen, die dafür Gewähr leistet, daß auch den Buchdruckerarbeitern im Dienste des „Zirkus Charles“ gegeben wird, was ihnen nach gewerbeüblichen Grundsätzen im Buchdruckergewerbe und insbesondere nach der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker zusteht. Wir hoffen, daß eine Klärung nach dieser Richtung nicht allzu lange auf sich warten läßt.

Zum Besuche der Brüsseler Weltausstellung durch Bremer Arbeiter, Beamte und Gewerbetreibende bewilligte der dortige Senat und die Bürgerchaft die Summe von 6000 Mk. Unter den zwölf Arbeitern, von denen sechs von den Arbeitervereinigungen im Gewerbegebiet und dem Gewerkschaftskartelle vorgeschlagen wurden, befand sich auch der Bremer Bezirksvorsitzende unsres Verbandes.

In Konkurs geraten ist der Buchdruckerbesitzer Karl Jäger in Dortmund. — Das gleiche ist von der Schriftgießerei- und Buchdruckerunterschiedshandlung von Chr. F. Müller in Dresden zu berichten.

Wegen Bankrotts und Betrugs wurde der frühere Buchdruckerbesitzer C. F. Nitsche in Lauba i. S. vom Schwurgericht in Waun zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die Aktiven betragen 2000 Mk., die Passiven dagegen 60000 Mk.

Wegen fahrlässiger Tötung wurde ein Fabrikbesitzer in Berlin zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte verabsäumt, am Fahrstuhl in seinem Hause die vorgeschriebene Sperrvorrichtung anzubringen, infolgedessen stürzte der in gleichen Hause wohnende Buch-

druckerbesitzer Bofel von dem Parterre in den Keller, wodurch er den Tod erlitt.

Einheitliche Verkaufspreise für Chromo-, Bromsilber- und Bierfarbendruckpostarten haben die Leipziger Postkartengrossisten festgesetzt. Die Normen gelten für Abgabe der Karten an Detailisten und Unterhändler.

Ein wichtiger Zusammenschluß hat sich im deutschen Buchhandel durch Abschluß einer Interessen-gemeinschaft von zwölf der bedeutendsten Kommissionsbuchhandlungen vollzogen. Die Verbündeten befürchten sechs bis sieben Zehntel des Gesamtumsatzes im deutschen Buchhandel. Der Eintritt weiterer buchhändlerischer Firmen ist in Aussicht gestellt.

Der Gebrauch der Lohnkäten bei der Auszahlung des Lohns an die Arbeiter findet in der „Graphischen Welt“ eine ablehnende Beurteilung, da Reklamationen über den Inhalt der Lohnkäten an der Tagesordnung wären und oft nicht festzuhalten sei, wer im Recht ist: der reklamierende Arbeiter oder der mit der Verarbeitung der Lohnkäten beauftragte Angestellte. Als der einfachste und sicherste Weg, um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, wird die Auszahlung an der Hand des Lohnbuchs oder der Lohnkassette mit eigenhändiger Namensunterschrift des Empfangenden als Lösung empfohlen. Es wird zugegeben, daß diese Methode bei der Auszahlung einige Minuten länger in Anspruch nimmt, ihr aber eine genauere Kontrolle im Interesse beider Teile zutonne. Dagegen sind wir der Ansicht, daß auch die zweite Methode ebenso gut ihre Nachteile hat, wenn nicht die nötige Zeit zu ihrer Vorbereitung und Ausführung freigehalten wird. Denn in den meisten Fällen entstehen Reklamationen nur durch falsche Berechnung oder durch zu häufige, teilweise erst in den letzten Minuten vor Geschäftsschluß stattfindende Lohnauszahlungen. Und hauptsächlich nur in dem zuletzt erwähnten Umstande liegt die Hauptquelle fortgesetzter Auseinandersetzungen zwischen Geschäftseleitungen und Arbeitern. Besonders dort, wo die Lohnauszahlung als notwendiges Übel betrachtet wird und nicht als Einlösung einer Ehrenschuld vor auf Treu und Glauben von den Arbeitern schon vorher geleistete Arbeit, helfen die besten Lohnkäten und noch so vielmal unterstrichenen Lohnlisten über derartige Schwierigkeiten nicht hinweg. Treu ist menschlich, und darum sollte gerade in dieser Frage die menschliche Vernunft das Feld befürchten und nicht die Galy und die Jagd der „modernen Produktionsweise“.

Der grobe Unfugparagraf und das Preßgesetz wurden von einer bekannten Fachschrift im Buchdruckergewerbe kritisch in sehr bedenkliden Zusammenhang gebracht. Es handelte sich dabei um eine redaktionelle Auskunfterteilung im Briefkasten, wodurch einem Anfragenden der Rat erteilt wurde, auf Grund des § 360 Ziffer 11 des Strafgesetzbuchs gegen einen Zeitungsverleger vorzugehen, der in seinem Organe fast ständig falsche Zeitangaben über den Beginn des sonntäglichen Gottesdienstes brachte, demgegenüber eine nachträgliche Verichtigung teils zwecklos war und auch in der Regel nicht aufgenommen wurde. Es handelte sich also offenbar um eine sehr kurzfristige Handlung des betreffenden Zeitungsverlegers. Kurzfristig insofern, als durch derartige ständig falsche Meldungen in einem bestimmten Zeile seines Blatts das gesamte Ansehen seiner Zeitung in Mitleidenschaft gezogen wird, was jedenfalls auch mit der Zeit im Rückgange der Abonnentenzahl zum Ausdruck gekommen wäre. Die verdiente Strafe für leichtfertige Redigierung der Zeitung hätte ganz gewiß in diesem Sinne nicht lange auf sich warten lassen. Wenn aber dann in der betreffenden Auskunft ausdrücklich betont wird, daß irgend jemand aus dem Publikum, der durch die falsche Angabe irreführt wurde — es braucht nur eine Person zu sein — Strafantrag wegen groben Unfugs stellen könne, so ist das eine Belehrung und Behauptung, gegen die nicht entschieden genug protestiert werden kann. Denn wer es weiß, wie es heutzutage möglich ist, daß eine Zeitung falsch informiert werden kann, und daß selbst bei der technischen Herstellung der Zeitungen gar mancher Fehler durchgehen kann, der muß es als eine große Ungerechtigkeit empfinden, wenn aus irgendeiner unbedeutenden Verfehlung auf diesem Gebiete heraus die Anwendung noch engerer Gefesmaßregeln als bisher empfohlen wird. Daß derartige Vorschläge aber sogar aus dem eignen Lager des Zeitungsgewerbes im weiteren Sinn in die Öffentlichkeit gebracht werden, das sollte denn doch nicht vororkommen.

Zur Soziologie des Zeitungswesens nahm die im vorigen Jahr in Leipzig gegründete Deutsche Gesellschaft für Soziologie auf ihrer ersten Jahresversammlung in Frankfurt a. M. dieser Tage Stellung. Zum Vergleich mit den Verhältnissen im Zeitungswesen anderer Kulturländer soll danach eine Erhebung durchgeführt werden, deren Kosten auf 25000 Mk. veranschlagt wurden, und welche sich auf die Feststellung der geschäftlichen und organisatorischen Existenzbedingungen des modernen Zeitungsbetriebes in allen Verweigungen erstrecken wird. Damit soll auch der Einfluß der Presse auf die politischen und geistigen Verhältnisse der Kulturländer, ferner die Abhängigkeit der Presse und ihrer Angestellten von diesen Verhältnissen geprüft werden.

Kaufung durch einen Berichterstatter brachte dem Redakteur des Halleischen „Volksblatts“ eine Geldstrafe von 800 Mk. Er brachte einen Bericht, wonach ein Polizeiwachtmeister bei Erhebungen das Wort „Vengel“ gebraucht habe. Trotz sofortiger Verächtigung nach der Veröffentlichung, die sich als falsch erwies, verwarf das Reichsgericht die gegen das Urteil eingelegte Revision.

(Fortsetzung in der Beilage).

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 3. November 1910.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 127.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Einen Inseratenboykott seitens der Abzahlungs-geschäfte hat sich die „Leipziger Volkszeitung“ zugezogen. In einem Bericht über eine Gerichtsverhandlung brachte sie eine Warnung vor den Abzahlungs-geschäften, ohne jedoch den Namen einer Firma zu nennen. Daraufhin haben sämtliche Besitzer der Abzahlungs-geschäfte in Leipzig den Beschluß gefaßt, der genannten Zeitung ihre In-terate auf die Dauer eines ganzen Jahres zu entziehen.

Fuchsteufelsmild geworden ist der ehrenwerte Bürgermeister von Haundorf bei Feuchtswangen, dem wir in Nr. 118 des „Korr.“ auf Grund eines Schöffengerichtsurteils einen „Tag Haft“ an die Nachschöpfe fängten, weil er einen Kunden zum „Fechten“ verleitet haben soll. In einer gefalzten „Ermächtigung“ stellt er fest, daß er vom Landgericht Ansbach freigesprochen wurde, selbstverständlich jedoch nur auf seine gegen das erstinstanzliche Urteil eingeleitete Berufung. Die übrigen „höflichen“ Nebenarten in der „Ermächtigung“ des Dorfobershauptes wollen wir weiter nicht trumm nehmen. Denn wir freuen uns trotzdem mit ihm, daß er als Stadtoberhaupt aus der allfälligen Beschuldigung in strahlender Unschuld hervorgegangen ist.

Bei der Gewerbegerichts-wahl in Selb (Bayern), die zum ersten Male vorgenommen wurde, erlitten die Gelben eine blamable Niederlage. Auf ihre Liste entfielen nur 23 Stimmen, während die freien Gewerkschaften 607 Stimmen erzielten und damit auch sämtliche Siege eroberten. Auch die Liste des Gewerkschaftsartells für die Unternehmerbesitzer, der keine zweite Liste gegenüberstand, wurde ohne Vornahme eines Wahlganges anerkannt. Die darauf vorgeschlagenen galten als gewählt.

Bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse in Borna siegten die freien Gewerkschaften mit 200 Stimmen Mehrheit über die Liste des „Watersländischen Arbeitervereins“. Unter den Gewählten befinden sich acht Mitglieder unserer Organisation.

Der Ausbau der deutschen Unternehmerorganisationen soll nach einem Bericht über eine am 28. Oktober in Berlin abgehaltene Vorstandssitzung des Ausschusses der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Zukunft noch intensiver betrieben werden als bisher. Dieser Entschluß wird namentlich auf die großen Arbeiterbewegungen des laufenden Jahres zurückgeführt, da die großen Kämpfe für die Unternehmer nicht zu befriedigenden Erfolgen geführt hätten. Übereinstimmend wurde in der betreffenden Sitzung die Befürchtung laut, daß gerade der Ausgang des Kampfs auf den deutschen Sechsstückwerfen nicht geeignet sei, diefer und der übrigen Metallindustrie den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten. Der Ausgang dieser Bewegung im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Aussperrung im Baugewerbe lege daher der deutschen Unternehmerschaft erneut die Sorge um den weiteren Ausbau ihrer Organisationen nahe. Eine Mahnung, die jedenfalls auch bei der Arbeiterschaft verständnisvolle Beachtung finden wird, jedoch in anderem Sinn, als den Unternehmern vom Schlage der hier in Betracht kommenden starken Männer lieb sein dürfte.

Vom Schutze der Arbeitswilligen. Das Reichsgericht hat, wie einige Unternehmerblätter berichten, das Aussperrn von Streikbrechern nicht nur als eine öffentliche Beleidigung, sondern als eine Körperverletzung bezeichnet. Das so gekennzeichnete Vergehen wurde von Kindern begangen, die nicht wissen konnten, daß ihre Handlungsweise vom höchsten deutschen Gericht als eine solche angesehen wird, die auf das körperliche Befinden der Streikbrecher physisch störend eingreift und dadurch in erster Linie gegen den deutschen Schutz der Arbeitswilligen verstoßt.

Das Kompromiß zum Arbeitskammergesetz, wie es von der Reichsregierung geplant ist, um das Gesetz nicht vollständig zum Scheitern zu bringen, besteht nach neueren Meldungen darin, daß bei den ersten Wahlen der Arbeitervertreter zu den Kammern die Arbeitsekretäre vollständig ausgeschlossen sein sollen, bei allen späteren Wahlen aber werden sie, sofern Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeder Kammer damit einverstanden sind, zugelassen. Ganz abgesehen davon, daß unter solchen Umständen von Arbeitskammern überhaupt nicht mehr die Rede sein kann, wenn die Unternehmer mit zu bestimmen haben, wer als Arbeitervertreter zugelassen oder abzuweisen ist, so läßt auch der Kompromißvorschlag der Regierung die Frage offen, warum bilden die Arbeitsekretäre bei späteren Wahlen keine „Gefahr“ mehr, sondern nur bei der ersten Wahl? Durch dieses sonderbare Verlangen der Regierung wird zugegeben, daß man den Unternehmern in den Kammern entweder schon in ihrer ersten Amtsperiode mehr Recht und Einfluß als den Arbeitern einräumen will, oder man hat schon eine sogenannte „Novelle“ in Vorbereitung, durch die das aktive und passive Wahlrecht der Arbeiter noch wirkungsloser gemacht werden kann. Die Hauptsache scheint also nur zu sein, das Gesetz unter Dach und Fach zu bringen,

ob es den Wünschen der Arbeiter entspricht oder nicht. Das Weitere würde sich dann schon finden. Unter diesen Umständen dürfte das Interesse der Arbeiterschaft an diesem Gesetze nur noch um einige Grade tiefer sinken.

„Schwere Straftatumulte“ sollen sich nach dem polizeioffiziösen „Berliner Lokalanzeiger“ am Weddingplatz im Norden Berlins abgespielt haben, und zwar aus denselben Ursachen wie vor einigen Wochen in Moabit. Ein Einzelstreit bei einem Fleischermeister namens Morgenstern, ein undefinierbarer Schuß aus der Menge und preußische Polizeischneidigkeit kommen dabei in bekannter Weise aktiv und passiv in Betracht. Der „Vorwärts“ hat ein Flugblatt herausgegeben, worin die Arbeiterschaft vor einer Beteiligung an den Provokationen gewarnt wird. Hoffentlich nicht ohne Erfolg. Denn für jeden denkenden Arbeiter kann der Zweck derartiger Straßenszenen in heutiger Zeit nicht zweifelhaft sein.

Heinrich Heines Denkmal, das aus dem jetzigen Hohenzollernschloß in Korfu entfernt werden mußte, hat vor einigen Tagen nach langen Irrfahrten in Hamburg in der Barkhofpassage als erstes seiner Art in Deutschland Aufstellung gefunden.

Der Eisenbahnerstreik in Frankreich hat in der französischen Deputiertenkammer zu förmlichen Debatten geführt. Doch war ihr Ausgang für den Ministerpräsidenten Briand, wie nicht anders zu erwarten war, ein günstiger. Mit 388 gegen 94 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, durch die der Regierung volles Vertrauen ausgesprochen wird. Daraus ist wieder zu ersehen, daß es für die Arbeiterschaft in der heutigen Zeit kein Unterschied ist, ob sie mit einer republikanischen oder monarchischen Regierung zu rechnen hat. Die Macht des Unternehmertums beherrscht beide Systeme.

Aufgehoben wurde durch das Pariser Appellgericht das Syndikat der französischen Postbeamten. Es wurde entschieden, daß die Angestellten der Postverwaltung nicht das Recht haben, eine Gewerkschaft im Sinne des Gesetzes von 1884 zu gründen. Man sieht, die Reaktion in Frankreich macht ganze Arbeit.

Der Arbeitsmarkt im Monate September besserte sich im Vergleiche zum vorhergehenden Monate nicht unerheblich. Dies trifft besonders für das Bekleidungs-gewerbe zu, während auf dem Kohlenmarkt eine Belebung noch teilweise auf sich warten läßt. Dagegen gestaltete sich in der Metall- und Maschinenindustrie der Geschäftsgang durchweg günstig, was mit geringen Ausnahmen auch von der Textilindustrie berichtet werden kann. Im Baugewerbe ließ die Beschäftigung etwas nach. Überwiegend günstig wird im „Reichsarbeitsblatt“ der Geschäftsgang in den Buchdruckereien beurteilt. In Berlin hat sich die Lage gegen den Monat August gebessert, obwohl die Zahl der Arbeitslosen immer noch sehr hoch blieb. Wenn sie sich auch etwas verringerte, so betrug ihr Verhältnis zu etwa 12000 Gehilfen insgesamt immer noch nahezu 7 Proz. Arbeitslos waren wöchentlich durchschnittlich 786, gegen 841 im August. Von diesen wurden durch den paritätischen Arbeitsnachweis in der Woche durchschnittlich 62 Seher und 57 Maschinenmeister in Stellung gebracht, und 63 Seher und 10 Maschinenmeister fanden im freien Verkehr Stellung. Das Angebot von Arbeitskräften war auch in Leipzig ein unverändert hohes. Von 394 beim Leipziger Arbeitsnachweis angemeldeten Sehern erhielten 228 Beschäftigung, von 180 Druckern 108. Am Schluß des Monats verblieben noch 147 Seher und 62 Drucker, gegen 176 Seher und 68 Drucker im August d. J. und 177 Seher und 68 Drucker im September 1909 arbeitslos. Die allgemeine Besserung des Beschäftigungsgrades im Monate September ergibt sich auch aus den Berichten der Krankenkassen, und zwar durch eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder um 61884. Im September 1909 betrug diese Zunahme nur 38168 Mitglieder. Die Steigerung des Beschäftigungsgrades nach dem Stande vom 1. Januar d. J. ist bei den männlichen Personen auf 9 und bei den weiblichen auf 5 vom Hundert zu schätzen. Bei den Arbeitsnachweisen kamen im September 1910 auf 100 offene Stellen 145 männliche und bei den weiblichen 87 Arbeitsgesuche, gegen 154 bezw. 87 im August 1910 oder 168 und 91 im September 1909.

Driefastten.

J. D. in Danzig; Warte G.-B. auch anderswo auf solche Weise „empor zum Licht“. Wenn etwas Luft, brislich mehr. Gruß — Fr. R. in Kristiania; Das ist uns zugesandt worden. Können also nicht selbst urteilen. Freuen Sie sich doch, daß Sie mit „in der Kontinuum“ sind. Auch an den kleinen R. freundlichen Gruß! — R. M. in M.; Von derartigen Subtilen nehmen wir unter der gewöhnlichen Kritik keine Notiz. Dann fehlt auch die Gegenzeichnung des zuständigen Verbandsfunktionärs.

— Nach Saarabien: Lassen Sie nur, die Sache kommt auch so in Fluß. Das überaus wird zweckentsprechend in der „Gewerkschaftsrevue“ verwendet. — Fr. 36: Es besteht auch so Anspruch auf sechsmonatliche Kündigung. — F. M. in Berlin: Kollege Bruno Focke, General-Deliver, Chicago, Ill., II. St. V., wird dem jungen Kollegen wohl die gewünschte Auskunft erteilen.

Wichtigstellung: Der Artikel über die Vieboldtsche Begräbnisliste in Nr. 125 enthält einige Ungenauigkeiten. So muß es in der zweiten Spalte am Schluß des ersten Absatzes 8600 statt 2600 Mk. heißen. Dann sind 352 und nicht 342 Steuerfreie vorhanden, wodurch sich die Ansprüche derselben noch um 3000 Mk. erhöhen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 22, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Obergau. Dem Seher Wilh. Wegenheimer (Hauptbuchnummer 14420), geb. in Neuenburg, ist auf die Dauer von vier Wochen die Unterfertigung zu entziehen, da er auf der Reise eine ihm in Greifswald angebotene Kondition ablehnte. Im Buch ist entsprechende Eintragung zu machen.

Anna i. Westf. Der Seher Karl Maury, zuletzt in Attendorf i. W. in Kondition, wird hierüber aufgebodert, seinen Verpflichtungen der Mitgliedschaft Anna gegenüber nachzukommen und seine Adresse an W. Gembrecht, Fierlohner Straße 26, bekanntzugeben. Im Weigerungsfalle werden andre Maßregeln ergriffen. Die Verbandsfunktionäre werden gebeten, auf diese Notiz aufmerksam zu machen, event. seine Adresse nach hier gelangen zu lassen.

Adressenveränderungen.

Zahr. Bezirkskassierer: Konstantin Sauter, Im Schadlohn 38 III.

Sagan. Vorsitzender: Karl Trogisch, Sprottauer Straße 17 II.

Waldenburg (Schles.). Vorsitzender: Richard Hoffmann, Gartenstraße 1.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Weuthen (O.-Schl.) der Seher Joh. Bednarski, geb. in Königshütte 1871, ausgl. in Dt.-Pietar 1888; war schon Mitglied. — In Biesch der Seher Joseph Heisig, geb. in Bielefeld (Kreis Neustadt, O.-Schl.) 1887, ausgl. in Neustadt (O.-Schl.) 1906; war schon Mitglied. — In Nybnitz der Seher Richard Weiß, geb. in Baunsdorf (Kreis Liegnitz) 1892, ausgl. in Kriebitz 1910; war noch nicht Mitglied. — U. Bialas in Weuthen (O.-Schl.), Parallelstraße 12 I.

In Diefen der Drucker Alfred Wadé, geb. in Wibling 1878, ausgl. in Diefen 1896; war noch nicht Mitglied. — In Wülfingen der Schweizerdegen Karl Hafelberger, geb. in Krailing 1891, ausgl. in Wülfingen 1910; war noch nicht Mitglied. — In Nürnberg 1. der Sehersterotypen Gustav Hoffmann, geb. in Scheinfeld 1878, ausgl. in Hilpoltstein 1895; 2. der Schweizerdegen Friedr. Schiller, geb. in Nürnberg 1871, ausgl. daf. 1890; waren schon Mitglieder. — Jos. Selz in Wülfingen, Holzstraße 24 I.

In Dresden der Drucker Richard Hoffmann, geb. in Uckerlesben 1881, ausgl. daf. 1899; war schon Mitglied. — In Köpfchenbroda der Seher Otto Paul Joseph Scharte, geb. in Liegnitz 1887, ausgl. in Weihen 1906; war schon Mitglied. — In Rößwein der Schweizerdegen Gustav Heide, geb. in Coslitz bei Niederwerda 1872, ausgl. in Rößwein 1903; war noch nicht Mitglied. — Fern, Stelndrick in Dresden, Mathildenstraße 7 I.

In Frankfurt a. O. der Seher Fritz Brabke, geb. in Berlin 1890, ausgl. daf. 1908; war schon Mitglied. — In Guben die Seher 1. Otto Malke, geb. in Kröppen a. d. Ober 1888, ausgl. daf. 1907; 2. Ernst Puhmann, geb. in Guben 1892, ausgl. in Potsdam 1910; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Oderstraße 5 II.

In Hamburg a. S. der Seher Lorenz Nissen, geb. in Weesby (Kr. Lönben) 1891, ausgl. in Flensburg 1910; war noch nicht Mitglied. — Mag Nicolai in Raumburg a. S., Wichelstraße 28.

In Lauterbach der Schweizerdegen Karl Buchholz, geb. in Wieba i. Harz 1892, ausgl. in Sachsa 1900; war schon Mitglied. — U. Holland in Oleszen, Lberstraße 3 II.

In Kuyfaven der Schweizerdegen Rudolf Hitzert, geb. in Krippen a. Elbe 1891, ausgl. in Bremen 1908; war noch nicht Mitglied. — S. Hartmann in Bestemünde, Gartenstraße 30.

In Mosbach der Seher Anton Kälin, geb. in Einsiedeln 1892, ausgl. in Muri (Aargau) 1910; war noch

